

Für Bernhard Vogel  
zum 80. Geburtstag

## Mut zur Bildung – Mut zu sich selbst

Kurt Reumann

Als Bernhard Vogel 1967 Kultusminister in Rheinland-Pfalz wurde, stritt man sich fieberhaft über die Frage: Was verheißt dem Menschen Bildung, Aufstieg und Erfolg: *nature or nurture?* Anlage oder Erziehung? Gene oder Umwelteinflüsse? Als ob das eine das andere ausschlösse! In der deutschen Öffentlichkeit war Begabung rein genetisch begriffen worden, bis Heinrich Roth sein Gutachten für den Deutschen Bildungsrat erstattete, dem er selbst angehörte: „Begabung und Lernen“ (Stuttgart 1969). Der Göttinger Erziehungswissenschaftler plädierte dafür, dass Begabung entfaltet werden müsse: Begabung *und* Begaben, was im Grunde nicht viel mehr sagen will als: Begabung erleichtert das Lernen, aber Lernen fördert auch die Begabung. Das wäre eine Formel gewesen, auf die sich Realisten und Fantasten hätten einigen können. Aber Roth trug in seinen Stellungnahmen selbst dazu bei, dass ein nachdenkliches Sowohl-als-auch zugespitzt wurde zur Parole „Begabung durch Begaben“ und „Begaben statt Begabung“. Im politischen Tageskampf lief das auf die Forderung nach gemeinsamer Erziehung in Förderstufe und Gesamtschule hinaus, die Startchancengleichheit im Blick auf Zielchancengleichheit in Beruf und Politik gewährleisten sollten.

Das ist ein Programm über die Schule hinaus für Staat und Gesellschaft. Daran gibt es Kritik nicht nur von rechts, sondern auch von links. Die Sozialdemokraten haben das Ziel aufgegeben, durch eine proletarische Revolution gleiche Besitz-

verhältnisse zu erkämpfen. Stattdessen wollen sie Staat und Gesellschaft mit dem Ziel von mehr Chancengleichheit reformieren, und eines ihrer wichtigsten Instrumente dabei ist die Schule. Schon das Gothaer Programm von 1875 sah die „allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat“ vor.

### Marx hatte recht

Kein Geringerer als Karl Marx warf den Sozialdemokraten vor, sie überforderten die Schule damit. In aller Schärfe bestand er darauf: *Erst* die Revolution und *dam* die Reform der Schule! In der bürgerlichen Gesellschaft würden sich Arbeitsleistung und Erfolg nämlich stets nach der „ungleichen individuellen Begabung“ richten, urteilte Marx. Er schätzte also den Stellenwert der Begabung erheblich höher ein als moderne linke Sozialingenieure. Seither beweisen Untersuchungen, dass Marx wenigstens in diesem Punkt recht hatte. Seine Folgerung: Erst wenn „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums“ voller flös- sen, könne sich die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Bis heute tobt der Streit, wie hoch der Anteil von Vererbung und der von Umwelteinflüssen auf die Intelligenz ist. Die Angaben zugunsten der Begabung schwanken zwischen dreißig und achtzig Prozent.

Unter den Einflüssen von außen spielen die Einwirkungen des Elternhauses die wichtigste Rolle. Gleichheitsideolo-

gen streben daher mehr oder weniger offen danach, den Einfluss der Familie auf die Erziehung zu minimieren. Bruce Eckland meldete 1967 am deutlichsten Zweifel am Erziehungsrecht der Eltern an: Er hätte es gern gesehen, wenn dem Staat die Aufgabe übertragen worden wäre, über Mittel und Wege zur Erreichung von Chancengleichheit zu entscheiden. Auch der amerikanische Sozialwissenschaftler Christopher Jencks fand heraus, dass Startchancen und Weiterkommen vor allem von der Familie abhängen: Man müsse die Bindung der Kinder zu ihren Eltern schon abschaffen, wenn man wenigstens *etwas* mehr Chancengleichheit herstellen wolle. Aber im Gegensatz zu Eckland wollte er das nicht. Sein Buch erschien 1972 unter dem Titel *Inequality – Ungleichheit*. Wie schwer die deutsche Linke daran zu kauen hatte, beweist der irreführende Titel der deutschen Übersetzung *Chancengleichheit*.

### Strittiges Menschenbild

Bernhard Vogel war einer der Ersten, die durchschauten, dass es im Schulkampf nur vordergründig um die Schulform geht: gegliedertes Schulwesen oder Gesamtschule. Viel wichtiger ist, was dahinter steht: das Menschenbild und der Stellenwert der Familie. Darum wird Vogel nicht müde, dafür zu werben, dass das christliche Menschenbild der Anker der Politik bleibt. Auch für Nichtchristen leitet sich daraus die Einzigartigkeit und Unverfügbarkeit des Menschen ab. In diesem Licht erscheint Chancengerechtigkeit nicht als utopisch. Selbstverständlich müssen wir sie anstreben: menschlich, rechtlich und politisch. Aber nicht im Sinne nivellierender Gleichmacherei, sondern als vielfältiges Angebot: Jedem jungen Menschen muss die Gelegenheit geboten werden, die für ihn beste Chance zu ergreifen. Wer das so sieht, wird sich mit Vogel über jene Fantasten wundern, die glauben, Kinder seien von Geburt

„unbeschriebene Blätter“, die durch einheitliche Umweltverhältnisse und einheitliche Erziehung zu allseitig „begabten“ Vollmenschen geformt werden könnten. Aber er wird sich nicht weniger über Reaktionäre ärgern, die Benachteiligten unter der Parole „Dumm bleibt dumm“ Bildung und Aufstieg verweigern.

### Karussell der Beschleunigung

Besitzt die CDU noch die Kraft, offensiv für ihren Wertekanon einzutreten? Kein Zweifel: Das wird immer schwerer, weil alles in Fluss geraten ist. Je schneller eine Veränderung die andere jagt, desto atemloser drehen sich die Menschen auf dem Karussell der Beschleunigung. Ihnen geht der Ruhepunkt abhanden, den Religion und Bildung geben könnten. Von den über 60-Jährigen sind zwei Drittel in einem religiösen Elternhaus groß geworden, von den 30- bis 44-Jährigen vierzig Prozent und von den unter 30-Jährigen nur noch knapp jeder Dritte. Alle feiern Weihnachten, Ostern, Pfingsten; aber wissen sie noch, warum? Auch in der Bildung finden die meisten keinen Ersatz mehr für den Glauben.

Wer vor einem halben Jahrhundert mit Adorno die Halbbildung geißelte, setzte immerhin einen Begriff von Bildung voraus. Heute muss man mit dem Wiener Philosophen Konrad Paul Liessmann den Verzicht auf geistige Traditionen, also freiwillige Unbildung, befürchten. Oder mit Roland Reuß „die Abwesenheit von Geist als Signatur des Zeitalters“. Als Alternative scheint Google bereitzustehen. Aber das Internet führt radikaler als jede Kulturrevolution zum Verlust unserer Gedächtniskultur.

An die Stelle der beseelten Auseinandersetzung mit sich und der Welt drohen der Erwerb von „Kompetenzen“ und die Verfügung über Wissen mit Verfallsdatum zu treten. Die Ungebildeten, die Verstand, aber keinen Geist besitzen,

Bernhard Vogel (5. von links), Helmut Kohl (3. von links) und andere, Tauziehen bei einem Sportfest in Ludwigshafen, 1968/1969.

© LHA Ko Best. 710 Nr. 9399/Landeshauptarchiv Koblenz



richten sich in einer Welt des Nutzens und der „Events“ ein. Wo die SPD regierte, hat sie diese Entäusserung forciert, indem sie den überlieferten Wertekanon angriff und den Fächerkanon auflöste. Nach Wahlschlappen ist sie zwar vorsichtiger geworden; aber dafür setzen die Grünen die Kulturrevolution mit Übereifer fort.

### Familien mit beschränkter Haftung

Noch weitgehend unbemerkt kommt die gesellschaftliche Entwicklung jenen entgegen, die das Erziehungsrecht von den Eltern auf den Staat übertragen wollen. Die Behauptung, Kinder seien von klein auf in der Krippe besser aufgehoben, diffamiert im Grunde alle Eltern, nicht nur jene, die ein „Betreuungsgeld“ vorziehen. Dass sich Frauen nicht nur in der Familie, sondern auch im Beruf bewähren möch-

ten, ist allerdings ihr gutes Recht. Der Staat muss also Bedingungen schaffen, dieses Recht zu verwirklichen. Gewiss kann man Beruf und Kindererziehung glücklich miteinander verbinden. Aber viele Kinder verbringen einen so großen Teil des Tags in staatlichen Einrichtungen, dass den Eltern kaum genug Zeit mit ihren Kindern bleibt. Obendrein bürdet der Rückzug vieler Eltern aus der Erziehung den Kindergärten und Schulen eine Verantwortung auf, die sie überfordert. Die Familie mit beschränkter Haftung ist kein Vorbild.

### Krongut Schulpolitik

Nur in einem Punkt bestehen Eltern stärker als früher auf ihrem Erziehungsrecht: bei der Auswahl der weiterführenden Schule. Am liebsten würden sie ihre Kinder alle aufs Gymnasium schicken. Au-

ßerdem haben sie erkannt, dass Reformen in der Regel keine Besserung, sondern nur Unruhe bringen. Daher wird sich eine konservative Regierung, an die Macht gekommen, zweimal überlegen, ob sie Reformen ihrer Vorgängerin wieder umstürzen oder die Schulen lieber in Ruhe lassen soll.

Es ist also verständlich, wenn die CDU in Koalitionsregierungen die Bildungspolitik ihrem Partner überlässt: Soll der sich doch mit „undankbaren“ Eltern und parteiischen Journalisten herumschlagen! Aber wie fatal ist diese Zurückhaltung! Bernhard Vogel meint es gut mit seiner Partei, wenn er beklagt, die CDU habe ihr Krongut, nämlich die Schulpolitik in den Ländern, für ein Linsengericht hingegeben. Das schadet nicht nur den Schulen, sondern auch der CDU selbst. Ihre Identität, ihr Menschenbild, ihre Familienpolitik und den Leistungsgedanken muss sie auch und gerade dort verteidigen, wo die Basis dafür gelegt wird: in der Schule.

### Mehr Lehrer, weniger Experimente

Die Union muss sich konzeptionell und personell in der Schulpolitik wieder stärker engagieren, will sie Profil und Charakter zeigen. Nur ein Ruck kann die CDU aufrütteln – so wie 1978, als Wilhelm Hahn den Kongress „Mut zur Erziehung“ organisierte, und so wie 1997, als Roman Herzog seine Ruck-Rede hielt.

Werte, Ziele und Inhalte sind vorrangig. Das ist auch der Tenor der Rechtsprechung bei der Auslegung des Grundgesetzes. Der Union kommt entgegen, dass sie sich bei der Wertediskussion auf die Verfassung berufen kann. Das Grundgesetz bildet den ethischen Grundkonsens unserer Nation. Als Europa-Partei sollte die CDU/CSU Europa-Schulen anstreben, die aus dem Menschheitserbe der griechisch-römischen, jüdisch-christlichen und humanistischen Tradition Kraft schöpfen.

Wer für mehr Chancengerechtigkeit eintritt, wird Kinder so früh wie möglich fördern. Daher müssen die Anstrengungen für Kindergärten und Grundschulen weiter verstärkt werden. Der jüngst nachgewiesene traurige Leistungsstand der Grundschulen in den Stadtstaaten sollte uns eine Warnung sein. Lieber mehr Lehrer als mehr Experimente! Gerade von Haus aus benachteiligte Schüler können Defizite ihrer Grundschulbildung an weiterführenden Schulen kaum noch ausgleichen.

Vier Jahre gemeinsames Lernen in der Grundschule reichen aus, um über den weiteren Bildungsweg von Schülern zu entscheiden. Das belegen alle seriösen Studien. Lehrerempfehlungen für den Übertritt auf weiterführende Schulen sollten ernst genommen werden. Außerdem muss der eingeschlagene Schulweg nicht in die Sackgasse führen: Durchlässigkeit von Schulform zu Schulform bis zur Hochschule ist gewährleistet. Zum Beweis: Etwa die Hälfte der später Studienberechtigten hat kein Gymnasium besucht. Die jüngste Studie der Bertelsmann Stiftung unterschlägt die für das deutsche System typische vertikale Durchlässigkeit.

„Man muss von jedem fordern, was er leisten kann“ (Saint-Exupéry: *Der kleine Prinz*). Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Nicht allen das Gleiche, sondern jedem das Seine. Deshalb ist und bleibt ein gegliedertes Schulwesen das Ideal. Der Kleinmut mancher konservativer Politiker nährt den Verdacht, dass sie nicht einmal die wichtigsten unabhängigen Studien gelesen haben, die die Überlegenheit des traditionellen Systems nachweisen. Gesamtschulen erfüllen die in sie gesetzten Hoffnungen nicht. (Max-Planck-Institut für Bildungsforschung: *Lebensverläufe und psychosoziale Entwicklung im Jugendalter*, Berlin 1996; Helmut Fend: *Lebenslauf, Lebensbewältigung, Lebensglück*, Wiesbaden 2009.)

Von Vielfalt kann nur bei Wettbewerb am Ort die Rede sein. Dass wir inzwischen über alle sechzehn Länder hinweg an die fünfzig unterschiedliche Schulformen haben, darf nicht über den Rückgang konkurrierender Schulen in erreichbarer Nähe hinwegtäuschen. Ideal wäre das gleichzeitige Angebot von Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen; nicht zu vergessen Spezialschulen für geistig Behinderte. Aber der Mangel an Geld und an Schülern schmälert das Angebot vor Ort ebenso wie politische Gleichmacherei. Die Union muss sich daher entscheiden, wie viel ihr Vielfalt wert ist. Die Entscheidung darüber den Kommunen zu überlassen, führt nur scheinbar zu mehr Wettbewerb und Freiheit. Das Ergebnis ist vielmehr ein Flickenteppich, der wiederum zur Reform herausfordert.

### Binnendifferenzierung erreichen

Unser Schulwesen ist auf dem Weg zur Zweigleisigkeit weit vorangeschritten. Je weniger äußere Gliederung, desto wichtiger die Binnendifferenzierung. Es bleibt darauf zu achten, dass jene Schulen, die die Haupt- und Realschulen ersetzen, ihre Schüler nach deren Fähigkeiten und Bedürfnissen unterrichten – und das heißt weitgehend in gesonderten Bildungsgängen. Differenzierung gebietet auch das Bundesverfassungsgericht, wenn es vom Staat fordert, dass er verschiedene Bildungswege mit unterschiedlichen Bildungszielen und -angeboten eröffne. Allerdings ist das keine Garantie für bestimmte Schulformen. Nicht einmal das Gymnasium ist ganz verfassungsfest. Je mehr Schüler das Gymnasium aufnimmt, desto eher wird es ebenfalls differenzieren müssen. Schon jetzt wäre es wünschenswert, dass alle Gymnasien einen Schulversuch aus Rheinland-Pfalz übernehmen, den einst Hanna-Renate Laurien zum Erfolg geführt hatte: An ein und demselben Gymnasium zwei Züge einzurichten – mit neun

Jahren oder acht Jahren bis zum Abitur. Am Ende legen die Schüler das Abitur nach einheitlichen Leistungsanforderungen ab.

Qualität feit vor Anpassung. Also muss, wer an Qualität festhält, in den Widerstand gegen den Zeitgeist gehen. Erhält die Union ihren Anspruch aufrecht, als Partei zu gelten, die Leistung fordert und honoriert, wird sie sich der Tendenz zur Nivellierung stärker entgegenstemmen müssen – auch in ihren eigenen Reihen. Nur die Auswahl von Schülern nach deren Leistung garantiert, dass nicht nach Standesinteressen entschieden wird.

Ging es früher um die Auslese von Begabten für die höhere Schule, so wird heute die Abweisung der unzulänglich Begabten zum Hauptproblem. Aber sie ist unerlässlich, soll das Gymnasium nicht zur Einheitsschule aufgeblättert werden – auf Kosten des Niveaus. (Josef Kraus: *Bildung geht nur mit Anstrengung. Wie wir wieder eine Bildungsnation werden können*, Hamburg 2011.) Wir haben uns daran gewöhnt, dass Schule zur Agentur des sozialen Aufstiegs geworden ist, und es ist nicht leicht einzusehen, dass sie für weniger Leistungsfähige und Leistungsbereite auch zur Drehscheibe des Abstiegs werden kann. Doch alles andere wäre ungerecht. Will denn die „Arbeiterpartei“ SPD nicht einsehen, dass leistungsstarke „Arbeiterkinder“ sich ihren einzigen Besitz, das geistige Kapital, nicht von weniger leistungsfähigen „Bürgerkindern“ mit Beziehungen streitig machen lassen wollen? Sie sollte es den Grünen überlassen, Klientel-Politik für unbegabte Kinder reicher Leute unter dem Vorwand zu betreiben, für die Benachteiligten einzutreten.

### Duales System im Windschatten

Die Schulen des dualen Systems stehen im Windschatten des öffentlichen Interesses. Dabei leisten sie Unersetzliches für Bildung und Ausbildung. Gäbe es sie nicht, müsste unser ganzes Schulsystem reformiert werden. Die Union sollte sich

noch stärker zum Anwalt des dualen Systems machen. Der einseitig ausgerichteten OECD muss endlich klargemacht werden, wie viel das duale System dazu beiträgt, dass es bei uns erheblich weniger jugendliche Arbeitslose gibt als in anderen Ländern. Wie irreführend, das Bildungsniveau eines Landes vor allem nach dem Anteil seiner Abiturienten und Studenten zu beurteilen! Die Abschlüsse der beruflichen Bildung, Gesellenbriefe und Meistertitel, müssen im nationalen und internationalen Vergleich höher bewertet werden.

Der Bildungsföderalismus ist in der Krise – nicht zuletzt wegen der Kultusministerkonferenz, zu deren Aufgaben die Herstellung von Wettbewerb eigentlich ebenso gehörte wie die Koordination der föderalen Vielfalt. Aber davon scheinen viele Kultusminister noch nie gehört zu haben. Wie ist es sonst zu verstehen, dass der Druck, die Anforderungen zu senken, Jahrzehntelang größer war als die Bereitschaft, Mindeststandards festzusetzen? Auch die jüngste Einigung auf gemeinsame Abiturstandards (von 2017 an) bezeichnet wegen der Schlupflöcher noch keine überzeugende Wende. Aller Mut verlässt die Kultusminister, wenn es gilt, Qualitätsunterschiede zwischen Schulen und Schulformen transparent zu machen. Sozialdemokratische und grüne Kultusminister versuchen, solche Leistungsvergleiche zu verhindern. Die CDU verliert das moralische Recht, das zu kritisieren, wenn sie keine Kultusminister mehr stellt.

### **„Multum, non multa“**

Schüler sollten viel, aber nicht vielerlei lernen: *multum, non multa*. Die erste Regel für Lehrplangestalter heißt daher: Weglassen, weglassen! Die zweite: Konzentration auf das Wesentliche statt Beliebigkeit. Schulen brauchen einen Fächerkanon und Fächer einen inhaltlichen Kanon. Dritte Regel: Das, was Schüler lernen,

sollten sie auch behalten. Daher ist es falsch, Klassenarbeiten anzusagen und Zurückliegendes nicht mehr abzufragen. Google kann vieles ersetzen. Aber zur schnellen Orientierung, zum Erfassen von Zusammenhängen und zur kritischen Selbstbehauptung braucht der Mensch ein festes Grundwissen, eine eiserne Ration. Auf die Grundschule bezogen, heißt das: Lesen, Schreiben, Rechnen. Üben, Üben, Üben. Mehr Deutschunterricht statt einer Fremdsprache.

### **Lehrer leisten Schwerstarbeit**

Schulen gehören zu den Einrichtungen, die ein Leben aus zweiter Hand vermitteln. Daher scheint es paradox, von der Schule zu fordern, dass sie der Tendenz, aus zweiter Hand zu leben, widerstrebe. Meine Frau, Chemie- und Biologielehrerin in Frankfurt/M., wurde gebeten, einen Leistungskurs Chemie nur für Mädchen zu übernehmen. Als Einstieg wählte sie das Thema „Chemie beim Kuchenbacken“. Aber es stellte sich heraus, dass nur eine von vierzehn Oberstufenschülerinnen je einen Kuchen gebacken hatte. Sie lud die Schülerinnen nach Hause zum Kuchenbacken ein. Dabei erfuhr sie, dass die meisten noch nie ein Ei aufgeschlagen hatten. Weil Eltern, Kindergärten und Grundschulen das scheinbar Selbstverständliche versäumen, müssen Lehrer an weiterführenden Schulen ständig den Stundenplan umwerfen und Leben aus erster Hand ins Klassenzimmer holen. Kindergärten und Grundschulen sollten zum Selber-Machen erziehen, damit höhere Schulen sich wieder stärker auf das Selbstdenken konzentrieren können. Das heißt auch: Raus mit allen Computern aus der Grundschule!

Für Lernerfolg und Charakterbildung sind Lehrer wichtiger als die jeweilige Schulform. Trotzdem sind sie die Sündenböcke der Nation. Die Union sollte sich daher zum Anwalt der Lehrer machen. Warum gab es unter Grund- und

Hauptschullehrern so viele Gesamtschulanhänger? Nicht nur, weil sie an einer Gemeinschaftsschule so „wenig“ unterrichten und gleich viel verdienen wollten wie Gymnasiallehrer, sondern auch, weil sie nach mehr Anerkennung dürsteten. Herausgekommen ist, dass die Lehrer aller Schularten mehr, ja: zu viel arbeiten müssen. Darüber versuchen die Kultusminister mit einer zweifelhaften Reform nach der anderen hinwegzutäuschen – als ob das nichts kostete. Das Einzige, was Schulen und Schülern nachhaltig helfen würde, wären mehr Lehrer – Lehrer, die nicht überarbeitet, sondern gesund, konzentriert, mitreißend sind. Und Lehrer, die sich individuell um Schüler mit Schwierigkeiten kümmern können.

Lehrer müssen auf ihre Schwerarbeit besser vorbereitet werden. Im März 2012 durfte ich die Kultusminister, die zu „meiner Zeit“, also bis 2000 gewirkt haben, in die Hauptstadtredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nach Berlin einladen. Fünfundzwanzig kamen. Alle – von Marianne Birthler und Gabriele Behler bis Hans Maier und Hans Joachim Meyer – waren sich einig: „In der Lehrerbildung haben wir versagt.“ Was tun, damit der pädagogische Dreiklang aus Fachwissenschaft, Fachdidaktik und persönlicher Zuwendung voller ertönt?

Die Union sollte sich den Schneid nicht von überregionalen Massenmedien abkaufen lassen, die blind dafür sind, dass Schulen in den (über einen längeren Zeitraum) von der Union regierten Ländern besser sind als Schulen in anderen Ländern. Umso aufgeschlossener informieren Lokalzeitungen über Schulen am Ort. Das ist einer der Gründe dafür, warum das Nahbild von Lehrern und Schulen so viel besser ist als das Fernbild. Allenthal-

ben hört man: „Die Schulen taugen nichts.“ Oder gar: „Lehrer sind faul.“ Aber: „*Unsere Schule ist gut!*“ und: „*Mein Lehrer gibt sich große Mühe.*“

### Firlefanz vermeiden

Bildungseinrichtungen brauchen mehr Geld. Allerdings sollten auch Bildungspolitiker lernen zu haushalten. Pädagogischer Firlefanz wie Sprachlabore und elektronische Anschreibtafeln sind entbehrlich. Keine überflüssigen Experimente wie die Rechtschreibreform! Sie war ein Geschäft, das nur den Schulbuchverlagen nützte. Falls nicht alles bezahlt werden kann, dann lieber Studiengebühren erheben und stattdessen auf Kindergartengebühren verzichten! Besonders heikel, aber notwendig: Die Union sollte die Kienbaum-Studie wiederholen lassen, ob Gesamtschulen immer noch nahezu ein Drittel teurer sind als das gegliederte System. Richtig ist jedenfalls, dass Gesamtschulen mehr Lehrer benötigen. Auch Anhänger des gegliederten Systems sollten den vorhandenen Gesamtschulen mehr Lehrer zubilligen. Aber deshalb müssen wir doch nicht immer mehr teure Gesamtschulen einrichten!

Mehr als alles andere braucht die Bildungspolitik Begeisterung und Mut. Wer von etwas begeistert ist, wird auch andere dafür begeistern: Das gilt für Politiker ebenso wie für Lehrer. Wo Enthusiasmus um sich greift, wird es auch an Mut nicht fehlen. Vor allem die Kultusminister sollten Vogels jüngstes Buch lesen *Mutige Bürger braucht das Land* (Freiburg/Br. 2012, siehe Rezension in dieser Ausgabe, Seiten 75 bis 78). Für die Union bedeutet Mut zur Bildungspolitik auch Mut zu sich selbst.